

Demokratiezufriedenheit in Österreich – was bleibt nach Ibiza?¹

Patricia Oberluggauer^{1,*}, Flooh Perlot^{2,**}, Katrin Praprotnik^{1,***}

¹ Donau-Universität Krems

² Universität Graz

* patricia.oberluggauer@donau-uni.ac.at

** florian.perlot@uni-graz.at

*** katrin.praprotnik@donau-uni.ac.at

Zusammenfassung

Der Ibiza Skandal hat 2019 zu einem innenpolitisch turbulenten Jahr gemacht. Während Konsequenzen wie das Regierungsende offensichtlich sind, lassen sich Folgen für die Demokratiezufriedenheit in Österreich schwerer abschätzen. Zu dieser Frage liefert der vorliegende Artikel einen empirischen Beitrag. Wir zeigen, dass sich keine eindeutig negativen Effekte auf die Demokratiezufriedenheit finden. Allerdings hat die Zufriedenheit der AnhängerInnen der hauptbetroffenen FPÖ messbar gelitten, wohl auch aufgrund der Wahlniederlage der Partei. Während die individuelle wirtschaftliche Lage ein wichtiger Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit bleibt, sind nennenswerte Änderungen in den Einstellungen einzelner Einkommensgruppen nicht festzustellen. Die Neuwahl dürfte ihrerseits einen Effekt gehabt haben: AnhängerInnen von Parteien, die bei der Wahl Stimmenanteile gewinnen konnten, waren danach mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich zufriedener.

Schlüsselwörter

Demokratiezufriedenheit, Politischer Skandal, Ibiza-Skandal, Österreich, Umfrage, Quantitative Methode

Satisfaction with democracy in Austria - What lasts after the Ibiza-scandal?

Abstract

In May 2019, the Ibiza scandal came like a bombshell. While consequences like the premature end of the ÖVP-FPO coalition government were expectable, other implications like for example for citizen's satisfaction with Austrian democracy are less predictable. Hence, the leading research question of this paper is to what extent the Ibiza-scandal impacted Austrian's satisfaction with their democracy. Our findings offer no explicit negative effect of the Ibiza-sandal on Austrian's satisfaction with their democracy. Nevertheless, the results show a significant decline of FPÖ-supporters satisfaction with Austrian democracy, perhaps also because of the party's electoral defeat after the Ibiza -scandal. Secondly, the findings support the widely analyzed assumption that satisfaction with democracy correlates highly with income. However, we could not find any substantial attitude changes within the income groups. Eventually, the snap election of October 2019 seemed to affect voter's satisfaction with democracy, too: voters whose party could gain votes were more satisfied with the domestic democracy after the election.

Keywords

satisfaction with democracy, political scandals, Ibiza scandal, Austria, surveys, quantitative methods

The authors have declared that no competing interests exist.

¹ Eine erste Version des Papiers wurde am Tag der Politikwissenschaft 2020 vorgestellt, die AutorInnen bedanken sich bei den TeilnehmerInnen für das Feedback sowie bei den anonymen GutachterInnen für die wertvollen Hinweise. Der vorliegende Beitrag ist im Rahmen des Forschungsprojekts Austrian Democracy Lab (ADL) der Donau-Universität Krems und der Universität Graz entstanden. Das ADL ist ein Teilprojekt von democracy.research, einer Kooperation mit Forum Morgen. Nähere Informationen zu dem Projekt befinden sich auf der Homepage www.austriandemocracylab.at.

1. Einleitung

Der 17. Mai 2019 stellte die innenpolitischen Weichen in Österreich neu. An jenem Abend veröffentlichten die deutschen Nachrichtenmedien *Süddeutsche Zeitung* und *Der Spiegel* eine heimlich gemachte Videoaufnahme von einem Geschäftsessen auf der spanischen Ferieninsel Ibiza aus dem Sommer 2017 (Obermaier/Obermayer 2019). Darin zu sehen waren neben der Gastgeberin – einer vermeintlichen russischen Oligarchennichte, die vorgab in Österreich investieren zu wollen – auch Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus von der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ). Strache war zum Zeitpunkt der Aufnahme FPÖ-Parteiohmann sowie Spitzenkandidat im kommenden Nationalratswahlkampf 2017 und Gudenus Wiener FPÖ-Parteiohmann. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung war Strache allerdings bereits Vizekanzler in einer Koalitionsregierung mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). In dem rund siebenminütigen Videoausschnitt, der publik gemacht wurde, sprach Strache offen über mutmaßlich illegale Parteispenden, eine politische Einflussnahme auf die reichweitenstärkste Zeitung, die *Kronen Zeitung*, sowie die Vergabe von Staatsaufträgen an die Oligarchennichte. Trotz dieser Aussagen, die mit keinem modernen Demokratieverständnis in Einklang gebracht werden können, betonte Strache in dem Video, dass alle Vorgänge legal und rechtskonform sein müssen. Auf die Veröffentlichung folgte der Rücktritt Straches als Vizekanzler und Parteiohmann der FPÖ, der vollständige Rückzug Gudenus' aus der Politik und schließlich auch das Ende der ÖVP-FPÖ Koalition.

Die Ereignisse auf Ibiza wurden in der öffentlichen Diskussion von Beginn an als politischer Skandal gehandelt und sie entsprechen auch der wissenschaftlichen Definition eines solchen. Trotz der Einzigartigkeit politischer Skandale hat Thompson (2000, 23) fünf Merkmale herausgearbeitet, die politische Skandale ausmachen. Diese beinhalten demnach (1) eine Überschreitung von Werten, Normen oder moralischen Leitlinien einer Gesellschaft; sie sind gekennzeichnet durch (2) ein Element der Geheimhaltung, obwohl die Informationen nicht-involvierten Personen bereits bekannt sind oder diese zumindest glauben, dass sie ihnen bekannt sind. Es ist (3) zumindest ein Teil der Nicht-Involvierten mit dem Verhalten unzufrieden und einige oder alle von ihnen machen (4) dieses Verhalten öffentlich. In letzter Instanz kann (5) die Aufdeckung den involvierten Personen schaden, dies muss aber nicht sein. Die Videoinhalte haben die Werte, Normen und auch die moralischen Leitlinien der modernen Demokratie verletzt. Über das Gespräch wollten die involvierten FPÖ-Politiker Strache und Gudenus schweigen, da dieses aber mitgefilmt wurde, kamen die Inhalte dennoch, über unbeteiligte Journalisten, an die Öffentlichkeit. Die beiden Politiker

haben durch den Verlust ihrer Ämter und parteipolitischen Funktionen Schaden davongetragen, und auch ihre Partei erlitt bei den folgenden Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Nationalrat – auch im Zuge der weiteren Aufdeckungen rund um die Causa Ibiza – klare Stimmenverluste (Praprotnik 2020).

Die Auswirkungen auf die involvierten Politiker und ihre Partei sind damit bekannt. Offen ist jedoch die Frage, welchen Effekt der politische Skandal und seine Folgen für die Innenpolitik mittelfristig auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich gehabt haben. Diese Frage möchte der vorliegende Beitrag beantworten. Dazu werden im folgenden Abschnitt auf Basis der Literatur zu Auswirkungen politischer Skandale zunächst zwei gegensätzliche Erwartungen über die Konsequenzen eines politischen Skandals auf die Demokratiezufriedenheit präsentiert. Während wir auf Basis der dysfunktionalistischen Skandaltheorie eine geringere Demokratiezufriedenheit annehmen müssen, lässt uns die funktionalistische Skandaltheorie zumindest eine gleichbleibende Demokratiezufriedenheit erwarten (siehe z.B. Kumlin/Esaiasson 2012; Maier 2011). Außerdem betrachten wir individuelle Charakteristika, die den Effekt des Skandals weiter beeinflussen können. Das dritte Kapitel stellt den Demokratieradar als empirische Datengrundlage vor. In der halbjährlichen Bevölkerungsumfrage wurden direkt vor dem politischen Skandal und nach der vorgezogenen Neuwahl jeweils rund 4.500 Personen befragt. Demokratiezufriedenheit wurde dabei anhand des häufig verwendeten Umfrageitems zur „Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land“ gemessen (Anderson 2005; Linde und Ekman 2003). Das anschließende Kapitel stellt die Ergebnisse dar und liefert empirische Evidenz, die die funktionalistische Skandaltheorie stützt. Eine mittelfristige Schädigung der Demokratiezufriedenheit ist nicht feststellbar. Darüber hinaus zeigen sich FPÖ-SympathisantInnen, wirtschaftlich schwächer gestellte Personen sowie WahlverliererInnen weniger zufrieden mit der Demokratie. Der Artikel schließt mit einer Diskussion über die Bedeutung der Ergebnisse für den Zustand der österreichischen Demokratie.

Unser Beitrag zur Forschung liegt damit in der erstmaligen wissenschaftlichen Aufarbeitung der Ereignisse rund um Ibiza für die Demokratiezufriedenheit in Österreich. Darüber hinaus diskutieren wir den aktuellen Stand der Literatur zu den Auswirkungen politischer Skandale und liefern einen weiteren Baustein in der Debatte um die Gültigkeit des dysfunktionalen gegenüber dem funktionalen Ansatz.

2. Der Einfluss politischer Skandale

Zahlreiche politikwissenschaftliche Studien beschäftigten sich mit den Effekten politischer Skandale auf die öffentliche Meinung. Nicht immer kommen sie jedoch zu den gleichen Ergebnissen, wie eine Meta-Studie von Von Sikorski (2018) zeigte. Der Autor verglich darin 74 Studien zu dem Thema und stellte fest, dass zwar praktisch alle auf kurzfristige Imageschäden der skandalinvolvierten PolitikerInnen hinweisen, über Folgen an der Wahlurne oder gesamtpolitische Folgen wie etwa eine schwindende Demokratiezufriedenheit wird hingegen sehr unterschiedlich berichtet. In der Literatur haben sich infolgedessen zwei konträre theoretische Ansätze entwickelt, die sich mit der Wirkungsweise politischer Skandale auseinandersetzen: die dysfunktionalistische Skandaltheorie und die funktionalistische Skandaltheorie (siehe z.B. Kumlin/Esaiasson 2012; Maier 2011).

Wir diskutieren nun zunächst die empirischen Belege beider Theoriestränge und entwickeln auf dieser Basis zwei gegensätzliche Erwartungshaltungen zum Effekt des Ibiza-Skandals auf die Demokratiezufriedenheit. In einem zweiten Schritt widmen wir uns den individuellen Charakteristika der BürgerInnen, die darüber hinaus eine Wirkung auf die Wahrnehmung politischer Skandale haben können.

2.1. (Dys)funktionalistische Skandaltheorien:

Zwei konträre Erwartungen

Gemäß dem dysfunktionalistischen Ansatz schadet ein politischer Skandal nicht nur kurzfristig dem Image der involvierten PolitikerInnen (Clarke/Stewart/Whiteley 1998; Lanoue/Headrick 1994; Ganiel/Carlson/Hyde 2000), sondern hat auch weitere negative Folgen. Eines der bekanntesten Beispiele in dieser Hinsicht ist der massive Popularitätsverlust von Richard Nixon nach Bekanntwerden des Watergate-Skandals. Nixons Zustimmungsraten sanken zwischen Januar 1974 von 58 Prozent auf nur mehr 24 Prozent im Juli desselben Jahres, was bis dato der zweitniedrigste Wert in der US-Geschichte war (Smyth/Taylor 2003). Aber es litt eben nicht nur das Vertrauen in Nixon selbst, sondern auch jenes in seine Republikanische Partei und jenes in die US-Regierung (Bergesen/Warr 1979; Lipset/Schneider 1983; Miller 1999; Dunlap/Wisniewski 1978). Darüber hinaus zeigen Studien, dass bei Wahlen, die kurz nach dem Publikwerden eines Skandals abgehalten werden, die involvierten PolitikerInnen und Parteien schlechter abschneiden und auch eine geringere Chance auf eine Wiederwahl haben (Pereira/Waterbury 2019; Pattie/Johnston 2012; 2001; Dimock/Jacobson 1995; Banducci/Karp 1994). Der amerikanische Hausbankenskandal Anfang der 1990er-Jahre beispielsweise soll Berechnungen von Dimock und Jacobson (1995, 1157) zufolge

die AmtsinhaberInnen rund fünf Prozentpunkte gekostet haben.

Für den vorliegenden Artikel insbesondere relevant sind nun jene Arbeiten, die darauf hinweisen, dass ein Skandal auch zu negativen Vorurteilen gegenüber „den PolitikerInnen“ in ihrer Gesamtheit oder dem politischen System führen kann (Bowler/Karp 2004; Dunham/Mauss 1976; Kepplinger 1996; Maier 2011). Bowler und Karp (2004) verglichen beispielsweise politische Skandale in den USA und Großbritannien und stellten in beiden Fällen fest, dass die AnhängerInnen jener ParlamentarierInnen, die in den Skandal verwickelt waren, letztlich dem amerikanischen Kongress beziehungsweise dem britischen Parlament kritischer gegenüber eingestellt waren. In einem experimentellen Design beschreibt Maier (2011) die negativen Effekte von politischen Skandalen auf PolitikerInnen und Parteien unabhängig davon, ob diese im Zusammenhang mit dem politischen Skandal standen. Einen direkten Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land kann er allerdings nicht feststellen, er verweist aber auf die Schwächung repräsentativer Demokratien durch die wachsende Missgunst gegenüber den zentralen Akteuren dieser Systeme, den Parteien, bei politischen Skandalen. Mit einem vergleichenden Blick auf westeuropäische Demokratien und politische Skandale verwiesen Kumlin und Esaiasson (2012) auf die negativen Effekte von politischen Skandalen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie. Diese scheinen aber in erster Linie in Ländern mit einer Häufung von politischen Skandalen abgenommen zu haben.

Basierend auf den empirischen Studien aus dem Bereich der dysfunktionalistischen Skandaltheorie formulieren wir die Hypothese:

H1a: Die Demokratiezufriedenheit der BürgerInnen ist nach dem Ibiza-Skandal geringer als davor (dysfunktionalistische Skandaltheorie).

Dieser These widerspricht die funktionalistische Skandaltheorie, die besagt, dass ein politischer Skandal nicht zwangsläufig auch zur Abkehr vom politischen System und zu einer nachlassenden Demokratiezufriedenheit führen muss, sondern ohne weitreichende Wirkung ist oder sogar den Zuspruch innerhalb der Bevölkerung verstärken kann (Kepplinger/Ehmig 2004; Maier 2011). Ausbleibende oder sogar positive Konsequenzen sind dann möglich, wenn PolitikerInnen und Parteien glaubhaft Interesse an und Wille zur Aufklärung des Skandals zeigen und die für solche Fälle vorgesehenen demokratischen und institutionellen Mechanismen erfolgreich zum Einsatz kommen (Kepplinger/Ehmig 2004; Maier 2011; Sabato et al. 2000). Zurückzuführen ist der Ansatz der funktionalistischen Skandaltheorie auf die funktionalistische Straftheorie aus der Kriminalsoziologie, insbesondere auf die Perspektive Durkheims (Garland 1991; Mead

1918). Gemäß diesem Ansatz kann das Aufdecken und insbesondere das Bestrafen von Straftaten, die durch die Tat verletzen Normen und Werte wiederherstellen und so das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat stärken.

Empirisch bestätigt wird diese Wirkungsweise beispielsweise durch die Studie von Methner et al. (2020), welche der Frage nachgeht, inwiefern WählerInnen fehlerhaftes Verhalten von PolitikerInnen verzeihen. Die Autorinnen dieser Studie kommen zum Schluss „[...] that politicians should [not] fear losing supporters' trust by admitting mistakes or moral violations. Instead, when it comes to reactions to criticism, acceptance may be an effective impression management strategy“ (2020, 271). Ähnlich sind auch die Ergebnisse der Analyse von Halmburger et al. (2019). Die AutorInnen stellen fest, dass ein Skandal zumindest das kurzfristige Vertrauen in die betroffenen Personen mindert, eine Generalisierung dieses Vertrauensverlusts, also ein Überschwappen auf alle PolitikerInnen oder das politische System, ist allerdings nicht erkennbar. Zum selben Schluss kommen auch Von Sikorski et al. (2020) oder Dunham und Mauss (1976). Letztere gingen der Frage nach, ob der Watergate-Skandal – der damals von 57 Prozent der US-Bevölkerung als schlimmster Skandal aller Zeiten genannt wurde – tatsächlich auch die Zufriedenheit der AmerikanerInnen mit der Demokratie als politisches System beschädigt hat. Obwohl sich der Skandal – wie erwähnt – zwar nachweislich negativ auf das Vertrauen in die Republikanische Partei und die damalige Regierung innerhalb der amerikanischen WählerInnenschaft auswirkte, konnten die Autoren keinen Vertrauensverlust in das „system as a whole“ beziehungsweise in die Demokratie als System erkennen (1976, 485). Zum selben Ergebnis kamen auch Sniderman et al. (1975). In ihrer Analyse der Nachwehen des Watergate-Skandals stellten sie ebenfalls fest, dass sich der Vertrauensverlust in die Regierung nicht auf das demokratische System übertrug. Vielmehr hängt der tatsächliche negative Effekt eines Skandals von zahlreichen weiteren Faktoren ab. Als relevant gelten beispielsweise das Timing des Skandals (Pereira/Waterbury 2019), der Typus des Skandals (Finanz- vs. Sexskandal) (Miller 1999), die aktuelle Wirtschaftslage (Carlin/Love/ Martínez-Gallardo 2015) und besonders auch die mediale Berichterstattung (Kepplinger/Ehmig 2004; Maier 2002).

Aus der Perspektive des funktionalistischen Ansatzes können Demokratien also selbst schwerwiegende politische Skandale unbeschadet überstehen, vor allem dann, wenn die vorgesehenen institutionellen Mechanismen positiv zum Einsatz kommen. Basierend auf diesen Implikationen definieren wir:

H1b: Die Demokratiezufriedenheit der BürgerInnen hat sich nach dem Ibiza-Skandal nicht verschlechtert (funktionalistische Skandaltheorie).

2.2. Der Einfluss politischer Skandale in Abhängigkeit individueller Charakteristika

Es wäre zu kurz gegriffen, anzunehmen, dass ein möglicher Effekt eines politischen Skandals für alle BürgerInnen gleichermaßen eintritt. Im Folgenden argumentieren wir daher, dass drei individuelle Charakteristika – *Parteinähe*, die *individuelle wirtschaftliche Situation* und das *Wahlergebnis der eigenen Partei* – die Auswirkung der Ibiza-Affäre auf die jeweilige Evaluierung der Demokratie beeinflussen.

Parteinähe

In der Literatur zu den Auswirkungen politischer Skandale sind sich beide, die funktionalistische sowie die dysfunktionalistische Theorie, einig, dass es zumindest kurzfristig zu Imageschäden für die involvierten PolitikerInnen kommt. Zum selben Ergebnis kommen auch die meisten AutorInnen (für einen Überblick siehe Von Sikorski 2018). Bowler und Karp (2004) haben darüber hinaus aber gezeigt, dass die größten Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit bei denjenigen ParteinäherInnen zu erwarten sind, deren eigene Abgeordnete direkt in den Skandal involviert sind. Ähnlich sind die Ergebnisse von Maier (2011). Am stärksten leidet die Demokratiezufriedenheit derjenigen, die sich den involvierten PolitikerInnen ideologisch nahe fühlen. Wenn man nun einen weiteren Blick in die Literatur zu Vertrauen in demokratische Institutionen wirft, sieht man außerdem, dass auch hier die Parteinähe eine signifikante Rolle spielt. So haben insbesondere WählerInnen populistischer Parteien tendenziell weniger Vertrauen in demokratische Institutionen als andere WählerInnengruppen (Geurkink et al. 2020; Roodijn 2018; Doyle 2011).

Die Annahme legt also nahe, dass ein Skandal die Demokratiezufriedenheit, je nach Parteinähe, unterschiedlich beeinflusst. Zu diesem Ergebnis kommen auch Bowler und Karp (2004, 283):

„We find, then, that [...] citizens represented by incumbents who were caught in scandal were less likely to trust politicians and have lower confidence in legislative institutions.“

Diejenigen, die den demokratischen Institutionen und Prozessen ohnehin schon wenig vertrauen, sollten nach dem Bekanntwerden eines Skandals unzufriedener mit der heimischen Demokratie sein.

Die Ibiza-Affäre hat die Politik in Österreich insgesamt in Aufruhr versetzt, aber am stärksten betroffen war sicherlich die FPÖ (Praprotnik 2020). Die beiden involvierten FPÖ-Politiker Strache und Gudenus führten die Partei im Bund beziehungsweise in Wien an. Die Freiheitlichen verloren mit deren Rückzug wichtiges

Spitzenpersonal und in weiterer Folge Stimmen bei den folgenden Wahlen zum Europäischen Parlament² und zum Nationalrat³. BürgerInnen, die der FPÖ nahestehen, konnten die Verfehlungen ihres einstigen Parteichefs über Monate in einer Vielzahl an Medienberichten mitverfolgen. Wenn wir also davon ausgehen, dass die Ereignisse in Ibiza zu einer geringeren Demokratiezufriedenheit geführt haben, dann sollte dieser Effekt besonders deutlich in der Gruppe der FPÖ-SympathisantInnen zu finden sein. Unsere zweite Hypothese lautet daher wie folgt:

H2: BürgerInnen, die der FPÖ nahestehen, weisen nach dem Ibiza-Skandal eine geringere Demokratiezufriedenheit auf als BürgerInnen, die einer anderen Partei nahestehen.

Wirtschaftliche Situation

Ein Blick in die Literatur zeigt, dass dem Faktor Wirtschaft eine bedeutende Rolle zukommt, wenn es um die Demokratie, respektive die Demokratiezufriedenheit geht. Auf der Makroebene belegen diese Studien, dass zum Beispiel wirtschaftlich erfolgreiche Länder auch stabilere Demokratien haben (Przeworski et al. 2000; Przeworski/Limongi 1997). Auf der Mikroebene scheint die wirtschaftliche Situation ebenfalls eine Rolle zu spielen, nämlich, dass ein niedriger sozioökonomischer Status beziehungsweise ein niedriges Einkommen eher mit einer geringeren Demokratiezufriedenheit einhergeht (Goubin/Hooghe 2020; Ceka/Magalhaes 2020; Tormos 2019; Wroe 2015). Für den österreichischen Kontext zeigt eine Studie von Riederer und Teitzer (2012), dass der sozioökonomische Status sowohl einen direkten als auch einen indirekten Effekt auf die Demokratiezufriedenheit hat. Die Autoren kommen zum Schluss, dass „Personen mit niedrigerem sozioökonomischen Status [...] geringeres Vertrauen [aufweisen] als Personen mit höherem Status“ (Riederer/Teitzer 2012, 18). Wir gehen davon aus, dass, wenn es durch den Ibiza-Skandal zu einer geringeren Demokratiezufriedenheit in Österreich gekommen sein sollte, es insbesondere die Zufriedenheit von Menschen unterer Einkommensgruppen ist, die unter dem Skandal gelitten hat, und stellen darum die folgende Hypothese auf:

H3: BürgerInnen unterer Einkommensgruppen weisen nach dem Ibiza-Skandal eine geringere Demokratiezufriedenheit auf als BürgerInnen mit mittlerem oder hohem Einkommen.

² Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 kam die FPÖ auf rund 17 Prozent und verlor damit im Vergleich zu 2014 rund 2,5 Prozentpunkte (Europäisches Parlament, 2019)

³ Im Vergleich zur Nationalratswahl 2017 verlor die FPÖ bei der Nationalratswahl 2019 knapp 10 Prozentpunkte (BMI 2017; 2019).

Wahlsieger

Es ist – nicht nur in der Wissenschaft – ein bekanntes Phänomen, dass Menschen lieber auf der Seite der SiegerInnen als auf jener der VerliererInnen stehen. Die sogenannte „SiegerInnen und VerliererInnen Kluft“-Literatur (Anderson/Guillory 1997) hat dies wiederholt in Studien gezeigt. WählerInnen von künftigen Regierungsparteien weisen klar höhere Zufriedenheitswerte auf als WählerInnen von künftigen Oppositionsparteien (Dahlberg/Linde 2017; Curini/Jou/Memoli 2012). Aber selbst, wenn die eigentliche Regierungsbildung noch nicht stattgefunden hatte, reichte bereits ein Stimmen- oder Sitzgewinn für die AnhängerInnen aus, um zumindest mit einem leicht gestärkten Gefühl der Demokratiezufriedenheit aus einer Wahlauseinandersetzung zu gehen (Blais/Morin-Chassé/Singh 2017; Singh/Karakoc/Blais 2012). Das gilt nach neuesten Erkenntnissen sogar dann, wenn ein direkter Zusammenhang zwischen legislativer Wahl und exekutiver Zusammensetzung fehlt. Plescia et al. (2020) haben die Zufriedenheit der EuropäerInnen nach der Wahl zum Europäischen Parlament untersucht und konnten eine etwas höhere Zufriedenheit der WählerInnen von gestärkten Parteien nachweisen.

Daher formulieren wir abschließend eine Hypothese, die zwischen AnhängerInnen von Parteien, die bei der Nationalratswahl 2019 an Stimmen gewonnen haben und jenen, die bei dieser Wahl an Stimmen verloren haben, unterscheidet:

H4: Die Demokratiezufriedenheit ist bei Personen, die der ÖVP, den Grünen oder NEOS nahestehen höher als bei Personen, die der SPÖ oder der FPÖ nahestehen.

3. Daten: Das Demokratieradar

Grundlage für die Analyse sind Daten der dritten und vierten Welle des Demokratieradars des Austrian Democracy Labs (ADL). In dieser Erhebung werden seit 2018 halbjährlich jeweils rund 4.500 Personen ab 14 Jahren in Österreich zu verschiedenen politischen Themen befragt.⁴

Die Feldzeit der dritten Welle des Demokratieradars dauerte von 13. März bis 16. April 2019 und wurde damit

⁴ Jede Befragung ist eine Kombination aus einer telefonischen Befragung (n ~ 2.500) und einer Online-Befragung (n ~ 2.000). Die telefonische Befragung verwendet eine Zufallsstichprobe auf Basis des Telefonbuchs sowie zufälliger Nummern (RDD) mit vorgegebenen Quoten für Geschlecht, Alter, formalem Bildungsgrad und Bundesland. Bei Erreichen der Quotengrenze werden keine zusätzlichen Personen in diesen Gruppen mehr befragt. Die Online-Befragung nutzt eine Quotenstichprobe mit denselben Variablen. Die Zielgruppe der 14- bis 19-jährigen ist in jeder der Erhebungen gewollt überrepräsentiert (n ~ 400), mittels Design-Gewicht wird die Stichprobe an die Bevölkerungsstruktur angepasst.

rund einen Monat vor Aufkommen des Ibiza-Videos abgeschlossen. Welle vier fand vom 23. Oktober bis 20. Dezember 2019 statt und startete so gut drei Wochen nach der Nationalratswahl 2019.

Die Daten wurden für die Auswertung anhand von Geschlecht, Alter, formaler Bildung, Tätigkeit, Beruf und Urbanisierungsgrad gewichtet (post-stratification), der minimale Gewichtungswert beträgt 0,26, der maximale 3,5. Eine Gewichtung nach der Rückerinnerungsfrage zur jüngsten Nationalratswahl erfolgte nicht. Zur Auswertung wurden beide Datensätze kombiniert und nur Personen herangezogen, die laut eigener Angabe bei der Nationalratswahl 2017 (Welle drei) oder 2019 (Welle vier) wahlberechtigt waren, die Selbstzuordnung wurde mit dem Alter abgeglichen (aufgrund des Erhebungszeitpunkts in Welle drei alle Personen ab 18, in Welle vier ab 16 Jahren). Damit verbleiben insgesamt 8.057 Fälle.

3.1. Abhängige Variable

Wir messen unsere abhängige Variable *Demokratiezufriedenheit* mit dem häufig verwendeten Item zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land. Über die inhaltliche Bedeutung dieser Fragestellung hat sich eine lange wissenschaftliche Debatte entsponnen, die bis heute nicht beendet ist (Canache/Mondak/Seligson 2001; Anderson C. J. 2002). Die hier verwendete Operationalisierung folgt den theoretischen Arbeiten von Easton (1975) in seinen Erweiterungen durch Norris (1999; 2011) und Rohrschneider und Schmitt-Beck (2002). Darin werden verschiedene Formen der politischen Unterstützung – von allgemeiner Unterstützung des Idealbilds Demokratie bis zur spezifischen Unterstützung einzelner AmtsträgerInnen – unterschieden. Wir argumentieren, dass durch den Hinweis „in Österreich“ die Befragten gebeten sind, nicht das Idealbild Demokratie, sondern das umgesetzte Modell in der Praxis zu beurteilen. Durch den Hinweis „Funktionieren der Demokratie“ wird des Weiteren vermittelt, dass es um die Gestaltung und die Arbeit des Systems als Ganzem und nicht etwa um konkrete AmtsträgerInnen oder bestimmte Institutionen geht. Es ist demnach eine Bewertung der Performanz des Regimes, die auf der oben angesprochenen Skala von allgemeiner zu spezifischer Unterstützung reicht (siehe auch Linde & Ekman 2003). Diese Messung ist außerdem die dominante Operationalisierung der im Theorieteil zitierten Arbeiten (etwa Maier 2011, 295; Kumlin/Esaiasson 2011 295), sodass ein direkter Vergleich der Ergebnisse möglich ist.

3.2. Unabhängige Variablen

Nach Ibiza. Zur Unterscheidung der Befragten verwendet die Regression eine Dummy-Variable mit der jeweiligen Befragungswelle. Diese wird zusätzlich jeweils mit der

anderen Hauptvariable (wirtschaftliche Lage, Wahlsieger) interagiert, um die Veränderung abzubilden. *Nach Ibiza* entspricht Welle vier.

Parteinähe. Die Parteienähe wurde für Welle 3 aus der sogenannten Sonntagsfrage⁵ gebildet, im Fall einer Nichtdeklaration in Kombination mit einer Nachfrage nach der noch am ehesten in Frage kommenden Partei. Für Welle vier wurde aufgrund der zeitlichen Nähe die Rückerinnerungsfrage zur Nationalratswahl 2019 gestellt. Eine FPÖ-Nähe wurde entsprechend der Hypothese als Referenz festgelegt.

Wirtschaftliche Situation. Zur Abbildung der wirtschaftlichen Situation wird die Frage nach dem verfügbaren Haushaltseinkommen verwendet. Die Befragten wurden gebeten, das monatlich zur Verfügung stehende Geld einer vorgegebenen Kategorie zuzuordnen⁶ und wurden anhand der Zahlen der Statistik Austria für das monatliche Nettoeinkommen unselbständig erwerbstätiger Menschen 2018 (Statistik Austria 2018) in drei Gruppen eingeteilt.⁷ Demnach entsprechen Antwortkategorien von bis zu 1.500 Euro dem untersten Quartil und damit einem *niedrigen Einkommen* und die Antwortkategorien ab 2.500 Euro dem dritten Quartil und damit einem *hohen Einkommen*. Die Werte dazwischen wurden als *mittleres Einkommen* klassifiziert. Rund ein Viertel der Befragten fällt in die niedrigste, ein Drittel in die mittlere und der Rest in die höchste Gruppe.

Wahlsieger. Als Wahlsieger gelten in der Analyse ÖVP, Grüne und NEOS, da diese drei Parteien bei der Nationalratswahl 2019 Stimmenanteile dazugewinnen konnten. Befragte aus Welle vier wurden anhand der Rückerinnerungsfrage zur Nationalratswahl 2019 zugeordnet, für Befragte aus Welle drei wurde die zum Befragungszeitpunkt aktuelle Parteipräferenz verwendet (siehe „Parteinähe“). Andere Parteien und Nichtwahl wurden auf fehlend gesetzt.

Zusätzlich wurden Geschlecht, Alter, formale Bildung, politisches Interesse und Stadt-Land-Unterschiede als Kontrollvariablen verwendet.⁸

4. Die Analyse der Effekte von Ibiza

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich war deskriptiv betrachtet im Un-

5 „Wenn am kommenden Sonntag Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?“

6 Knapp 700 Befragte in Welle drei und knapp 800 in Welle vier machten bei dieser Frage keine Angabe, was die Basis der Analyse erheblich schmälert. Als Alternative wurden daher die Auswertungen mit der Zustimmung zur Aussage, dass man mit seiner wirtschaftlichen Situation zufrieden sei, wiederholt. Die Ergebnisse finden sich in Anhang D und zeigen ein analoges Absinken der Demokratiezufriedenheit mit einer subjektiv schlechteren wirtschaftlichen Lage.

7 Das erste, zweite und dritte Quartil für das Nettoeinkommen betragen 1.441, 2.037 und 2.731 Euro.

8 Eine Übersicht über die verwendeten Variablen findet sich in Anhang B.

tersuchungszeitraum stabil. im Frühjahr antworteten zwölf Prozent auf die entsprechende Frage mit sehr gut, im Herbst waren es 14 Prozent. Der Anteil der „eher gut“-Antworten ist von 63 auf 61 Prozent gesunken, die weiteren Werte haben sich nur um einen Prozentpunkt oder gar nicht geändert. Zwar zeigt ein Chi²-Test für Unabhängigkeit ein signifikantes Ergebnis und damit einen Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt der Erhebung und der Zufriedenheit, der Wert bleibt mit 0,04 jedoch sehr gering.

Tabelle 1: „Demokratie in Österreich funktioniert gut/schlecht“ vor und nach Ibiza

	Welle 3	Welle 4
sehr gut	12	14
eher gut	63	61
eher schlecht	20	19
sehr schlecht	3	4
keine Angabe	2	2

Anmerkung: Angaben in Spaltenprozent, $p(\text{Chi}^2) < 0.01$, Cramers $V = 0,04$, $n=8.057$.

Die Auswertung legt nahe, dass sich an der Demokratiezufriedenheit der ÖsterreicherInnen durch die Ibiza-Affäre mittelfristig – über den Zeitraum von April 2019 bis Dezember 2019 – kaum etwas geändert hat, zumindest ist an dieser Stelle keine Verschlechterung feststellbar. Dies würde der funktionalistischen Skandaltheorie und somit H1b entsprechen. H1a, die eine Verschlechterung der Einstellungen zur Demokratie erwarten würde, wäre damit widerlegt.

Tabelle 2: Demokratiezufriedenheit

	Modell I: Zufriedenheit			Modell II: Zeitpunkt * wirtschaftliche Lage			Modell III: Zeitpunkt * Wahlsieger		
	b	SE	OR	b	SE	OR	b	SE	OR
Nach Ibiza	-0,15 **	0,08	0,86	-0,16	0,13	0,85	-0,48 ***	0,09	0,62
Wirtschaftliche Situation									
niedriges Einkommen				Referenz					
mittleres Einkommen	0,30 ***	0,09	1,35	0,33 ***	0,13	1,39	0,29 ***	0,09	1,34
mittleres Einkom- men * Nach Ibiza				-0,06	0,18	0,94			
hohes Einkommen	0,67 ***	0,09	1,96	0,64 ***	0,13	1,89	0,66 ***	0,09	1,93
hohes Einkom- men * Nach Ibiza				0,08	0,18	1,08			
Wahlsieger	0,39 ***	0,08	1,48	0,39 ***	0,08	1,48	-0,31 **	0,13	0,73

Die Daten des Demokratieradars decken sich zu ihren Erhebungszeitpunkten dabei weitgehend mit Daten der Österreichischen Wahlstudie AUTNES Panel Studie 2017–2019 (Aichholzer et al. 2020). Diese kam im April 2019 – noch vor Ibiza – zu einer Demokratiezufriedenheit von insgesamt 66 Prozent, im Herbst nach der Nationalratswahl betrug sie 68 Prozent, es hatte sich also ebenfalls kaum etwas verändert.

Aus dieser Studie liegen zudem Daten zur unmittelbaren Zeit nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos vor: Demnach sank die Demokratiezufriedenheit von 71 Prozent im Mai 2019 auf 65 Prozent im Juni 2019 (Erhebungszeitraum 27. Mai bis 16. Juni 2019). Dabei stellt jedoch die Zunahme auf über 70 einen Ausreißer dar, der mit der ebenfalls in dieser Phase stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament 2019 zusammenhängen könnte. Zieht man Zahlen von April 2019 als Vergleichswert heran, änderte sich die Demokratiezufriedenheit in Summe nur um einen Prozentpunkt (65 statt 66 Prozent sehr/eher zufrieden). So gesehen war auch kurzfristig kaum ein negativer Effekt des Ibiza-Videos auf die Demokratiezufriedenheit festzustellen.

Zur weiteren Analyse werden die Hypothesen mittels logistischer Regressionsmodelle getestet (Tabelle 2). Modell I verwendet nur die unabhängigen sowie die Kontrollvariablen, Modell II und III erweitern die Regression um jeweils eine Interaktion zwischen Zeitpunkt und wirtschaftlicher Situation respektive Zeitpunkt und Nähe zu einem Wahlsieger.

Die Modelle basieren auf gewichteten Daten, die ungewichteten Ergebnisse unterscheiden sich nur in einzelnen Details und sind im Anhang zu finden.

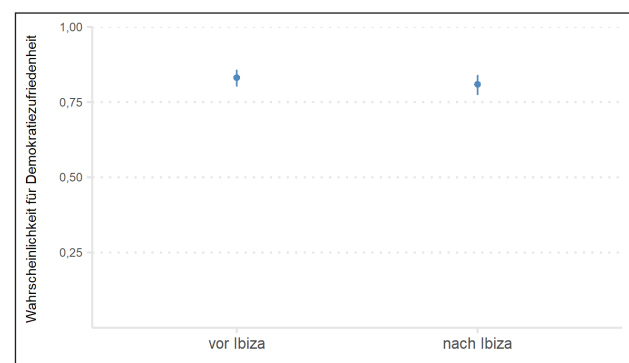
Wahlsieger * Nach Ibiza									1,13	***	0,16	3,09
<i>Kontrollvariablen</i>												
Frau	-0,15	**	0,07	0,86	-0,15	**	0,07	0,86	-0,17	**	0,07	0,85
Alter	-0,03	***	0,01	0,97	-0,03	***	0,01	0,97	-0,03	***	0,01	0,97
Alter ²	0,00	***	0,00	1,00	0,00	***	0,00	1,00	0,00	***	0,00	1,00
Hoher Bildungsabschluss	0,55	***	0,09	1,73	0,55	***	0,09	1,73	0,57	***	0,09	1,77
<i>Politisches Interesse</i>												
sehr interessiert												<i>Referenz</i>
eher interessiert	0,18	**	0,08	1,20	0,18	**	0,08	1,20	0,17	**	0,08	1,19
eher nicht interessiert	-0,08		0,12	0,93	-0,08		0,12	0,93	-0,08		0,12	0,92
gar nicht interessiert	-0,40	**	0,16	0,67	-0,39	**	0,16	0,67	-0,41	**	0,17	0,66
<i>Stadt/Land</i>												
städtisch												<i>Referenz</i>
mittel	0,17	*	0,09	1,19	0,17	*	0,09	1,19	0,16	*	0,09	1,17
ländlich	0,34	***	0,09	1,40	0,33	***	0,09	1,40	0,29	***	0,09	1,34
Konstante	0,86	***	0,29	2,35	0,86	***	0,29	2,35	1,13	***	0,16	3,09
Pseudo-R2 (McFadden)			0,436				0,436				0,440	
n			4.963				4.963				4.963	

Anmerkung: Binäre logistische Regressionsmodelle: Abhängige Variable=1/(Zustimmung zu Demokratie bzw. Demokratie in Österreich funktioniert gut) / 0 (Ablehnung Demokratie bzw. Demokratie in Österreich funktioniert schlecht); b=unstandardisierte Koeffizienten, SE=Standard Fehler, OR=Odds Ratio; * p<0.10, ** p<0.05, *** p<0.01. Gewichtete Daten, siehe Anhang C für die ungewichteten Ergebnisse.

Hypothese 1a hat die Frage aufgeworfen, ob der Ibiza-Skandal einen negativen Effekt auf die Demokratiezufriedenheit in Österreich hatte. Deskriptiv lässt sich eine entsprechende Auswirkung nicht nachvollziehen, in den multivariaten Modellen hat der Erhebungszeitpunkt jeweils einen negativen Effekt, der mit Ausnahme von Modell II auch signifikant ist. Die Effektgröße ist allerdings klein, so ändern sich die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden zu sein, um zwei Prozentpunkte.⁹ Zudem verschwindet dieser Effekt auch in einem Modell mit einer alternativen Messung der wirtschaftlichen Lage (siehe Anhang D). Wir betrachten daher H1a als widerlegt und H1b als bestätigt, durch den Ibiza-Skandal hat sich die Demokratiezufriedenheit der österreichischen Bevölkerung nicht eindeutig verschlechtert (siehe Abbildung 1).

9 Alle weiteren Variablen wurden dabei auf ihrem Modus bzw. Mittelwert gehalten, das bedeutet: Mann, 45 Jahre, wohnt am Land, hohes Einkommen, keine Matura und eher an Politik interessiert.

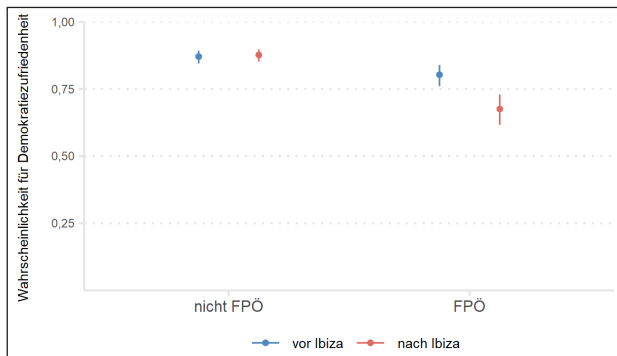
Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit nach Erhebungszeitpunkt



Hypothese 2 hat sich mit der Betroffenheit durch den Skandal beschäftigt und eine Verschlechterung der Demokratiezufriedenheit insbesondere bei AnhängerInnen der FPÖ angenommen. Diese Auswirkung ist klar erkennbar: Hatten Personen mit FPÖ-Nähe in Welle drei eine vorhergesagte Wahrscheinlichkeit von 80 Pro-

zent, mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden zu sein, betrug dieser Wert in Welle vier nur mehr 68 Prozent (siehe Abbildung 2).¹⁰ Grundsätzlich haben in beiden Wellen alle ParteianhängerInnen eine höhere Wahrscheinlichkeit, mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich zufrieden zu sein als FPÖ-WählerInnen (keine Signifikanz findet sich bei „Andere“ und NichtwählerInnen). Die Bandbreite der vorhergesagten Werte reicht von 72 Prozent (FPÖ) bis 91 Prozent (ÖVP).

Abbildung 2: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Demokratiezufriedenheit nach FPÖ-Nähe



Hypothese 3 lautete, dass Befragte einer niedrigen Einkommensgruppe nach dem Ibiza-Skandal eine geringere Demokratiezufriedenheit aufweisen als andere Personen. Zwar zeigt sich im deskriptiven Vergleich (siehe Tabelle 3) eine leicht negative Abweichung der Werte, diese ist aber nicht signifikant. Auch die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten im entsprechenden Regressionsmodell mit Interaktionen sinken zwischen den Wellen geringfügig, die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen sind aber mit ein bis zwei Prozentpunkten sehr gering. Die Interaktionen zwischen den Einkommensklassen und dem Erhebungszeitpunkt sind ebenso wenig signifikant wie der Zeitpunkt selbst. Hypothese 3 betrachten wir daher als nicht bestätigt.

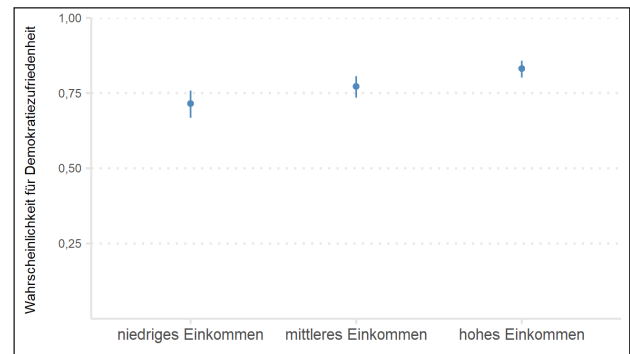
Tabelle 3: Demokratiezufriedenheit nach Einkommensgruppen

	niedriges Einkommen		mittleres Einkommen		hohes Einkommen	
	Welle 3	Welle 4	Welle 3	Welle 4	Welle 3	Welle 4
Demokratie in Österreich funktioniert gut	69	66	77	74	82	82

Anmerkung: Angaben in Prozent, n=6.472/6.500.

Was bleibt, ist ein grundsätzlicher Effekt der persönlichen wirtschaftlichen Lage auf die Demokratiezufriedenheit. Personen, die der mittleren und hohen Einkommensklasse zugeordnet werden, sind in allen Modellen signifikant zufriedener mit der Demokratie als Personen der niedrigen Einkommensklasse (siehe Abbildung 3). Auch der Unterschied zwischen mittlerer und hoher Einkommensklasse ist signifikant. Der Unterschied der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit, mit der Demokratie zufrieden zu sein, beträgt nach der wirtschaftlichen Situation elf Prozentpunkte (72 Prozent für die niedrige, 83 Prozent für die höchste Einkommensklasse).

Abbildung 3: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Demokratiezufriedenheit nach wirtschaftlicher Situation

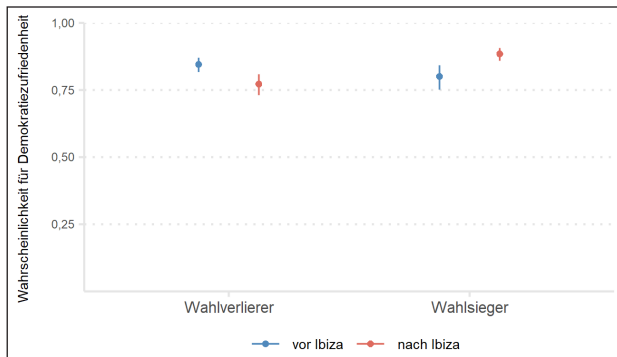


Hypothese 4 hat sich auf eine stärkere Zunahme der Demokratiezufriedenheit bei Personen, die einer Partei nahestehen, die bei der Wahl gewonnen hat, bezogen. Dieser Effekt lässt sich sowohl deskriptiv als auch in den Regressionsmodellen beobachten. Der Unterschied zwischen „Wahlverlierern“ und „Wahlsiegern“ beträgt fünf Prozentpunkte (83 zu 88 Prozent) bei den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten. In Modell III bewirkt die Interaktion zwischen dem Zeitpunkt und der Nähe zu einem Wahlsieger, dass der alleinige Effekt zwar negativ, in Kombination mit *Nach Ibiza* allerdings positiv wird.

¹⁰ Die Modelle mit der Parteinähe finden sich im Anhang. Parteinähe und Wahlsieger werden aufgrund der Überlappung – „Wahlverlierer“ im Sinne der vorliegenden Analyse waren SPÖ und FPÖ – nicht in einem Modell geprüft.

Das lässt sich so interpretieren, dass die Wahrscheinlichkeit für Demokratiezufriedenheit bei Personen mit Nähe zu einem Wahlsieger in Welle vier höher ist, während sie insgesamt niedriger liegt (siehe Abbildung 4). Wir sehen H4 daher als bestätigt an.

Abbildung 4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Demokratiezufriedenheit nach Nähe zu Wahlverlierer/ Wahlsieger



Dieser Punkt hat noch eine weitere Facette: Neben der FPÖ ist die Demokratiezufriedenheit auch bei ÖVP-AnhängerInnen zurückgegangen, während sie bei SPÖ-, Grün- und NEOS-AnhängerInnen gestiegen ist. Für den Rückgang bei der ÖVP sind zwei Erklärungen denkbar: Erstens haben Analysen der Nationalratswahl gezeigt, dass die ÖVP zahlreiche Stimmen von der FPÖ gewinnen konnte (SORA/ISA 2019). Da FPÖ-WählerInnen in beiden Wellen eine geringere Demokratiezufriedenheit gezeigt haben, könnte dieser „Import“ einer neuen, kritischeren WählerInnen-Gruppe die Demokratiezufriedenheit insgesamt gedrückt haben. Zweitens sollten die Umstände der Nationalratswahl nicht außer Acht gelassen werden: Die Wahl wurde letzten Endes aufgrund eines erfolgreichen Misstrauensantrags im Nationalrat gegen die amtierende ÖVP-Bundesregierung nötig. Damit endete (vorerst) die Kanzlerschaft der Partei im Rahmen der demokratischen Spielregeln in Österreich, was von deren AnhängerInnen kritisch gesehen werden und so die niedrigere Zufriedenheit erklären könnte. Das wäre gleichzeitig auch ein Erklärungsansatz dafür, warum bei der SPÖ die Wahrscheinlichkeit für Demokratiezufriedenheit nach der Nationalratswahl 2019 höher liegt, obwohl die Partei Stimmenanteile verloren hat. In dem Sinn wäre die Verschiebung ein Ausdruck dafür, dass die Befragten ihre Bewertung eben an den Ereignissen nach Ibiza und dem Ende der ÖVP/FPÖ-Regierung festmachten. Aus Sicht der WählerInnen einer Oppositionspartei hat das demokratische System damit funktioniert.

Unter den Kontrollvariablen ist die formale Bildung hoch signifikant, mit einem positiven Effekt für höhere Bildungsabschlüsse. Personen, die gar nicht an Politik interessiert sind, haben eine niedrigere Wahrschein-

lichkeit, die Demokratie positiv zu bewerten, das Umgekehrte gilt für Personen aus ländlichen Regionen. Die Chancen auf Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie sind bei Frauen und jüngeren Personen niedriger. Das Quadrat des Alters ist ebenfalls signifikant, in der graphischen Darstellung zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit zwischen 30 und 40 Jahren am geringsten ist und davor sowie danach ansteigt.

Die vorhergesagten Werte anhand der Modal- und Mittelwerte spiegeln nur zum Teil die Bandbreite der Ergebnisse wider, beispielhaft kann daher ein – bezogen auf die Koeffizienten im Modell – besonders negativer und ein besonders positiver Fall konstruiert werden. Eine Frau Anfang 40 mit niedrigem Einkommen, formal geringer Bildung, FPÖ-Nähe, wohnhaft in einer Stadt und an Politik gar nicht interessiert, erreicht nur eine Wahrscheinlichkeit von 32 Prozent, mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich zufrieden zu sein. Ihr Gegenpart – Mann um die 30, hohes Einkommen, formal hohe Bildung, Grün-Nähe, in einer ländlichen Gemeinde wohnend und sehr an Politik interessiert, kommt hier auf 92 Prozent (beides basierend auf Welle vier).

5. Fazit und Einordnung der Ergebnisse

Was bleibt also von Ibiza? In Sachen Demokratiezufriedenheit in Österreich mittelfristig offenbar nur wenig. Die vorliegenden Daten sprechen dafür, dass der Skandal zu keiner bleibenden Verschlechterung der Haltung der Bevölkerung zur Demokratie in Österreich geführt hat. Was im unmittelbaren Augenblick – aufgrund der Einzigartigkeit mancher Vorgänge verständlich – als große Krise für das politische System gewirkt haben mag, ergibt rückblickend das Bild einer funktionierenden Demokratie, in der Regeln und Abläufe für solche Fälle vorhanden sind.

Unsere Studie legt damit einen weiteren Baustein zugunsten der funktionalistischen Skandaltheorie (vgl. etwa Methner et al. 2020; Halmburger et al. 2019; Von Sikorski et al. 2020). Bei genauerer Betrachtung sind die Ergebnisse jedoch auch in Einklang mit manchen Studien der dysfunktionalistischen Skandaltheorie zu bringen: Maier (2011) beschrieb den negativen Effekt auf das allgemeine Vertrauen in PolitikerInnen, aber fand eben keinen Effekt auf die Demokratiezufriedenheit. Eine negative Konsequenz für die Demokratie als solche muss es trotz eines schlechten PolitikerInnen-Bildes demnach nicht geben, gerade wenn die nach der demokratiepolitischen Entgleisung anspringenden Prozesse, wie im aktuellen Fall, weitgehend reibungslos funktionieren. Bei Kumlin und Esaiasson (2012, 280) verschwand der negative Effekt auf die Demokratiezufriedenheit in jenen Ländern, die bereits mehrere politische Skandale miterleben mussten. Die politischen Skandale in der jüngeren

Vergangenheit in Österreich – nicht erschöpfende Stichwörter sind hier die BAWAG-Affäre, die BVT-Affäre, die Silberstein-Affäre – könnten hier also auch einen Gewöhnungseffekt ausgelöst haben.

Demokratiapolitisch relevant ist und bleibt, dass sich die wirtschaftliche Lage messbar auf die Demokratiezufriedenheit von Menschen auswirkt. Dass Personen, denen weniger Geld zur Verfügung steht, das Funktionieren der Demokratie (im konkreten Fall in Österreich) kritischer sehen, deckt sich mit internationalen Daten (z. B.: Goubin/Hooghe 2020; Ceka/Magalhaes 2020) und sollte im Sinne eines möglichst inklusiven politischen Systems immer wieder thematisiert werden.

Ebenfalls eine zentrale Frage ist, wie WählerInnen mit den Niederlagen ihrer Parteien umgehen und welche Auswirkungen diese auf die Akzeptanz des demokratischen Systems haben. Insgesamt findet sich ein Effekt des Wahlausgangs auf die Demokratiezufriedenheit, der bei den Siegerinnen und Siegern höhere Zufriedenheit und bei den Verlierern größere Kritik zeigt. Zu dem gleichen Ergebnis kommt auch eine Studie zur Demokratiezufriedenheit österreichischer Landtagsabgeordneter (Perlot et al. 2020) und internationale Bevölkerungsstudien spiegeln dies wider (z.B.: Blais/Morin-Chassé/Singh 2017; Singh/Karakoc/Blais 2012). Im Detail ergeben sich im vorliegenden Fall die folgenden Nuancen: Die Demokratiezufriedenheit von FPÖ-WählerInnen hat unter der Wahlniederlage gelitten, SPÖ-WählerInnen waren aber nach dem für sie ebenfalls wenig erfreulichen Ausgang der Nationalratswahl nicht automatisch mit der Demokratie unzufriedener. Aus demokratiopolitischer Sicht ist es positiv zu bewerten, wenn auch die Verlierer zufrieden aus einer Wahlauseinandersetzung gehen (vgl. dazu Esaiasson 2011, 102).

Die vorliegende Analyse ist nicht ohne Einschränkungen: Das Forschungsdesign mit zwei sich wiederholenden Querschnittserhebungen erlaubt keine Aussagen über Effekte von Ibiza auf der Individualebene. Für entsprechende Auswertungen wären Paneldaten nötig, die dieselben Befragten vor und nach Aufkommen des inkriminierenden Videos (und idealerweise zu weiteren Zeitpunkten) befragt hätten. Eine grundlegende Tendenz lässt sich dennoch erkennen.

In der Analyse ist zudem schwer abzugrenzen, wo die Auswirkungen der Ibiza-Affäre enden und andere Einflüsse beginnen. Die vorgezogene Nationalratswahl 2019 war eine direkte Konsequenz der Ereignisse, dennoch hat die Wahl vermutlich einen darüberhinausgehenden eigenen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung ausgeübt. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Beitrags im Frühjahr 2021 führt der Ibiza-Untersuchungsausschuss und die von ihm angestoßenen justiziellen Ermittlungen zu innenpolitisch heftiger Kritik an Bundeskanzler und Finanzminister. Wo also endet der Ibiza-Skandal politisch?

Literaturverzeichnis

- Aichholzer, Julian/Julia Partheymüller/Markus Wagner/Sylvia Kritzingler/Carolina Plescia/Jakob-Moritz Eberl/Thomas Meyer/Nicolai Berk/Nico Büttner/Hajo Boomgaarden/Wolfgang C. Müller (2020), AUTNES Online Panel Study 2017–2019. Vienna: AUSSDA, Internet: <https://doi.org/10.11587/QDETRI>.
- Anderson, Christopher J./Christine A. Guillory (1997), Political Institutions and Satisfaction With Democracy: A Cross-National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems, in: *American Political Science Association*, Vol. 91(1), 66–81.
- Banducci, Susan A./Jeffrey A. Karp (1994), Electoral consequences of scandal and reapportionment in the 1992 house elections, in: *American Politics Quarterly*, Vol. 22(1), 3–26.
- Bergesen, Albert/Mark Warr (1979), A crisis in the moral order: the effects of Watergate upon confidence in social institutions, in: Wuthnow, Robert (Hrsg.), *The Religious Dimension: New Directions in Quantitative Research*, New York: Academic Press, 277–295.
- Blais, André/Alexandre Morin-Chassé/Shane P. Singh (2017), Election outcomes, legislative representation, and satisfaction with democracy, in: *Party Politics*, Vol. 23(2), 85–95.
- Bowler, Shaun/Jeffrey A. Karp (2004), Politicians, Scandals, and Trust in Government, in: *Political Behavior*, Vol. 26(3), 271–287.
- Bundesministerium für Inneres (2017), Nationalratswahl 2017, Verlautbarung der Bundeswahlbehörde vom 31. Oktober 2017, Internet: https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/files/Verlautbarung_BWB_endgErg_inkl_3_Ermittlungsverfahren_NRW17.pdf (Zugriff: 23.08.2021).
- Bundesministerium für Inneres (2019), Nationalratswahl 2019, Verlautbarung der Bundeswahlbehörde vom 16. Oktober 2019, Internet: https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/files/Verlautbarung_endgueltiges_Ergebnis.pdf (Zugriff: 23.08.2021).
- Canache, Damarys/Jeffery J. Mondak/Mitchell A. Seligson (2001), Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy, in: *The Public Opinion Quarterly*, Vol. 65(4), 506–528.
- Carlin, Ryan E./Gregory J. Love/Cecilia Martínez-Gallardo (2015), Cushioning the fall: Scandals, economic conditions, and executive approval, in: *Political Behavior*, Vol. 37(1), 109–130.
- Ceka, Besir/Pedro C. Magalhaes (2020), Do the Rich and the Poor Have Different Conceptions of Democracy? Socioeconomic Status, Inequality, and the Political Status Quo, in: *Comparative Politics*, Vol. 52(3), 383–412.
- Clarke, Harold D./Marianne C. Stewart/Paul F. Whiteley (1998), New models for new labour: The political

- economy of labour party support, January 1992–April 1997, in: *American Political Science Review*, Vol. 92(3), 559–575.
- Curini, Luigi/Willy Jou/Vincenzo Memoli (2012), Satisfaction with Democracy and the Winner/Loser Debate: The Role of Policy Preferences and Past Experience, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 42(2), 241–261.
- Dahlberg, Stefan/Jonas Linde (2017), The dynamics of the winner–loser gap in satisfaction with democracy: Evidence from a Swedish citizen panel, in: *International Political Science Review*, Vol. 38(5), 625–641.
- Dimock, Michael A./Gary C. Jacobson (1995), Checks and choices: The House bank scandal's impact on voters in 1992, in: *The Journal of Politics*, Vol. 57(4), 1143–1159.
- Doyle, David (2011), The Legitimacy of Political Institutions: Explaining Contemporary Populism in Latin America, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 44(11), 1447–1473.
- Dunham, Roger G./Armand L. Mauss (1976), Waves from Watergate: evidence concerning the impact of the Watergate scandal upon political legitimacy and social control, in: *Pacific Sociological Review*, Vol. 19(4), 469–490.
- Dunlap, Riley E./Robert L. Wisniewski (1978), The Effect of Watergate on Political Party Identification: Results from a 1970–1974 Panel Study, in: *Sociological Focus*, Vol. 11(2), 69–80.
- Easton, David (1975), A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 5, 435–457.
- Esaiasson, Peter (2011), Electoral losers revisited: How citizens react to defeat at the ballot box, in: *Electoral Studies*, Vol. 30(1), 102–113.
- Europäische Kommission (2019), Standard-Eurobarometer 92: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Internet: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2255> (Zugriff: 20.05.2021).
- Europäisches Parlament (2019), Ergebnisse der Europawahl 2019: Österreich, Ergebnisse nach nationaler Partei: 2014–2019, Internet: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/nationale-ergebnisse/osterreich/2014-2019/konstituierende-sitzung/> (Zugriff: 23.08.2021).
- Ganiel, Gladys/James Carlson/Mark S. Hyde (2000), Scandal and Political Candidate Image, in: *Southeastern Political Review*, Vol. 28(4), 747–757.
- Garland, David (1991), Sociological perspectives on punishment, in: *Crime and Justice*, Vol. 14, 115–165.
- Geurkink, Bram/Andrej Zaslove/Roderick Sluiter/Kristof Jacobs (2020), Populist Attitudes, Political Trust, and External Political Efficacy: Old Wine in New Bottles?, in: *Political Studies*, Vol. 68(1), 247–267.
- Goubin, Silke/Marc Hooghe (2020), The Effect of Inequality on the Relation Between Socioeconomic Stratification and Political Trust in Europe, in: *Social Justice Research*, Vol. 33(2), 219–247.
- Halmburger, Anna/Anna Baumert/Tobias Rothmund (2019), Seen one, seen 'em all? Do reports about law violations of a single politician impair the perceived trustworthiness of politicians in general and of the political system?, in: *Journal of Social and Political Psychology*, Vol. 7(1), 448–477.
- Kepplinger, Hans Mathias (1996), Skandale und Politikverdrossenheit — ein Langzeitvergleich, in: Jarren, Otfried/Heribert Schatz/Hartmut Weßler (Hrsg.), Medien und politischer Prozeß: Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 41–58.
- Kepplinger, Hans Mathias/Simone Christine Ehmig (2004), Ist die funktionalistische Skandaltheorie empirisch haltbar? Ein Beitrag zur Interdependenz von Politik und Medien im Umgang mit Missständen in der Gesellschaft, in: Imhof, Kurt/Roger Blum/Heinz Bonfadelli/Otfried Jarren (Hrsg.), Mediengesellschaft: Strukturen, Merkmale, Entwicklungsdynamiken, Wiesbaden: Springer, 363–375.
- Kumlin, Staffan/Peter Esaiasson (2012), Scandal fatigue? Scandal elections and satisfaction with democracy in Western Europe, 1977–2007, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 42(2), 263–282.
- Lanoue, David J./Barbara Headrick (1994), Prime Ministers, parties, and the public: the dynamics of Government popularity in Great Britain, in: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 58(2), 191–209.
- Linde, Jonas/Joakim Ekman (2003), Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 42, 391–408.
- Lipset, Seymour Martin/William Schneider (1983), The decline of confidence in American institutions, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 98(3), 379–402.
- Maier, Jürgen (2002), Politische Skandale — Quelle der Politikverdrossenheit?, in: Schatz, Heribert/Patrick Rössler/Jörg-Uwe Nieland (Hrsg.), Politische Akteure in der Mediendemokratie: Politiker in den Fesseln der Medien?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 223–241.
- Maier, Jürgen (2011), The Impact of Political Scandals on Political Support: An Experimental Test of Two Theories, in: *International Political Science Review*, Vol. 32(3), 283–302.
- Mead, George H. (1918), The psychology of punitive justice, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 23(5), 577–602.
- Methner, Nicole/Susanne Bruckmüller/Melanie C. Steffens (2020), Can Accepting Criticism Be an Effective Impression Management Strategy for Public Figures?

- A Comparison with Denials and a Counterattack, in: *Basic and Applied Social Psychology*, Vol. 42(4), 254–275.
- Miller, Arthur H. (1999), Sex, Politics, and Public Opinion: What Political Scientists Really Learned From the Clinton–Lewinsky Scandal, in: *PS: Political Science & Politics*, Vol. 32(4), 721–729.
- Obermayer, Bastian/Frederik Obermaier (2019), Die Ibiza-Affäre: Innenansicht eines Skandals, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Pattie, Charles/Ron Johnston (2001) Losing the voters' trust: evaluations of the political system and voting at the 1997 British general election, in: *The British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 3(2), 191–222.
- Pattie, Charles/Ron Johnston (2012), The Electoral Impact of the UK 2009 MPs' Expenses Scandal, in: *Political Studies*, Vol. 60(4), 730–750.
- Pereira, Miguel M./Nicholas W. Waterbury (2019), Do Voters Discount Political Scandals over Time?, in: *Political Research Quarterly*, Vol. 72(3), 584–595.
- Perlot, Flooh/Andrea Hermann/Katrin Praprotnik/Daniela Ingruber/Christina Hainzl (2019a), Demokratieradar, Welle 3 – Einstellungen zum Föderalismus. Datensatz. Version 1.0.
- Perlot, Flooh/Andrea Hermann/Katrin Praprotnik/Daniela Ingruber/Christina Hainzl (2019b), Demokratieradar, Welle 4 – Föderalismus und Landtage. Datensatz. Version 1.0.
- Perlot, Flooh/Katrin Praprotnik/Daniela Ingruber (2020), Wie LandespolitikerInnen über den Föderalismus denken – Ergebnisse einer Umfrage, in: Hermann, Andrea T./Daniela Ingruber/Flooh Perlot/Katrin Praprotnik/Christina Hainzl (Hrsg.), regional.national.föederal. Zur Beziehung politischer Ebenen in Österreich, Wien: facultas, 191–202.
- Plescia, Carolina/Jean-François Daoust/André Blais (2020), Do European elections enhance satisfaction with European Union democracy?, in: *European Union Politics*, Vol. 22(1), 94–113.
- Praprotnik, Katrin (2020), Österreich im Frühjahr 2019: Eine politikwissenschaftliche Einordnung, in: Köhler, Thomas W./Christian Mertens (Hrsg.), Jahrbuch für politische Beratung 2019/2020, Wien: PROverbis e.U., 158–169.
- Przeworski, Adam/Michael E. Alvarez/Jose Antonio Cheibub/Fernando Limongi (2000), Democracy and development: Political institutions and well-being in the world, 1950–1990, Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam/Fernando Limongi (1997), Modernization: Theories and facts, in: *World Politics*, Vol. 49(2), 155–183.
- Riederer, Bernhard/Roland Teitzer (2012), Effekte der sozialen Position auf Vertrauen in Politik und Demokratie in Österreich, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, Vol. 37(1), 5–22.
- Rooduijn, Matthijs (2018), What unites the voter bases of populist parties? Comparing the electorates of 15 populist parties, *European Political Science Review*, Vol. 10(3), 351–368.
- Sabato, Larry/Mark Stencel/S. Robert Lichter (2000), Peepshow: Media and politics in an age of scandal. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Singh, Shane/Ekrem Karakoç/André Blais (2012), Differentiating winners: How elections affect satisfaction with democracy, in: *Electoral Studies*, Vol. 31(1), 201–211.
- Smyth, David J./Susan Washborn Taylor (2003), Presidential popularity: what matters most, macroeconomics or scandals?, in: *Applied Economics Letters*, Vol. 10(9), 585–588.
- Sniderman, Paul M./W. Russell Neuman/Jack Citrin/Herbert McClosky/J. Merrill Shanks (1975), Stability of support for the political system: the initial impact of Watergate, in: *American Politics Quarterly*, Vol. 3(4), 437–457.
- SORA/ISA (2019), Wahlanalyse Nationalratswahl 2019 im Auftrag des ORF, Internet: https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW_Wahlanalyse.pdf (Zugriff 20.05.2021).
- Statistik Austria (2018), Unselbständig Erwerbstätige, Internet: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/erwerbstaetige/unselbstaendig_erwerbstaetige/index.html (Zugriff 12.11.2020).
- Thompson, John B. (2000), Political Scandal: Power and Visibility in the Media Age, Cambridge: Polity Press.
- Tormos, Raúl (2019), Measuring personal economic hardship and its impact on political trust during the great recession, in: *Social Indicators Research*, Vol. 144(3), 1209–1232.
- Von Sikorski, Christian (2018), Political Scandals as a Democratic Challenge. The Aftermath of Political Scandals: A Meta-Analysis, in: *International Journal of Communication*, Vol. 12(0), 3109–3133.
- Von Sikorski, Christian/Raffael Heiss/Jörg Matthes (2020), How Political Scandals Affect the Electorate. Tracing the Eroding and Spillover Effects of Scandals with a Panel Study, in: *Political Psychology*, Vol. 41(3), 549–568.
- Wroe, Andrew (2015), Economic Insecurity and Political Trust in the United States, in: *American Politics Research*, Vol. 44(1), 131–163.

AutorInnen

Patricia Oberluggauer ist seit Juli 2020 Projektmitglied beim Austrian Democracy Lab (ADL) an der Donau Universität Krems. Zuvor war sie von 2015 bis 2020 an der Universität Wien am Institut für Staatswissenschaft als Doktorandin tätig. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich der politischen Partizipation, soziale Klasse und Einstellungsformation.

Flooh Perlot arbeitet seit 2018 beim Austrian Democracy Lab (ADL) an der Universität Graz. Gleichzeitig ist er am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien beschäftigt, seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der empirischen (quantitativen) Sozialforschung mit Fokus auf Wahlen sowie beim Thema Datenvisualisierungen.

Katrin Praprotnik ist Projektleiterin des Austrian Democracy Labs (ADL) an der Donau-Universität Krems. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Österreichische Politik, Politische Repräsentation, Partizipation sowie Parteien- und Wahlforschung in vergleichender Perspektive.

Anhang A. Variable und Fragen

Variable	Operationalisierung in den Modellen	Fragewortlaut	Original values
Abhängige Variable: Diffuse Demokratiezufriedenheit	binär (0/1), 0=stimme nicht zu	Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sie den folgenden Aussagen sehr, eher, oder nicht oder gar nicht zustimmen. Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, ist aber besser als jede andere Regierungsform.	stimme sehr zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu, keine Angabe
Abhängige Variable: Spezifische Demokratiezufriedenheit	binär (0/1), 0=funktioniert schlecht	Sprechen wir kurz über die Demokratie in Österreich. Funktioniert die Demokratie in Österreich aus Ihrer Sicht alles in allem...	sehr gut, eher gut, eher schlecht, sehr schlecht, keine Angabe
Frau	binär (0/1), 0=männlich	Ihr Geschlecht?	männlich, weiblich, keine Angabe
Alter	numerisch (16-97)	Wie alt sind Sie?	offen
Hoher Bildungsabschluss	binär (0/1), 0=kein formal hoher Bildungsabschluss (Pflichtschule, Lehre, berufsbildende mittlere Schule ohne Matura)	Ihre höchste abgeschlossene Schulbildung?	Pflichtschule, Lehre, berufsbildende mittlere Schule (ohne Matura) = 0, Allgemeine oder berufsbildende höhere Schule (AHS/BHS, mit Matura), Fachhochschule/ Universität/ Akademie = 1
Wirtschaftliche Situation	niedriges Einkommen (Referenz), mittleres Einkommen	Wie viel Geld steht Ihrem Haushalt pro Monat netto, also nach Abzug aller Steuern und Abgaben, ungefähr zur Verfügung?	bis 500 Euro, 501 bis 1.000 Euro, 1.001 bis 1.500 Euro, 1.501 bis 2.000 Euro, 2.001 bis 2.500 Euro, 2.501 bis 3.000 Euro, mehr als 3.000 Euro, keine Angabe
Wirtschaftliche Situation alternativ	sehr zufrieden (Referenz), eher zufrieden, eher nicht zufrieden, gar nicht zufrieden	Stimmen Sie der folgenden Aussage sehr, eher, oder nicht oder gar nicht zu? Ich bin mit meiner wirtschaftlichen Situation sehr zufrieden.	stimme sehr zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu, keine Angabe
Parteinähe/Wahlsieger	binär (0/1), 0=Verlierer (SPÖ, FPÖ, Andere)	Welle 4: Welcher Partei haben Sie da [Nationalratswahl 2019] Ihre Stimme gegeben? Welle 3: Wenn am kommenden Sonntag Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben? Welche Partei käme noch am ehesten für Sie in Frage?	ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, NEOS, Liste Pilz, Andere, ungültig, war nicht wählen, keine Angabe ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, NEOS, Liste Pilz, KPÖ, andere, keine, würde nicht wählen gehen, würde ungültig wählen, das weiß ich derzeit nicht
Politisches Interesse	sehr interessiert (Referenz), eher interessiert, eher nicht interessiert, gar nicht interessiert	Ganz allgemein, sind Sie an der Politik in Österreich sehr, eher schon, oder nicht oder gar nicht interessiert?	sehr interessiert, eher interessiert, eher nicht interessiert, gar nicht interessiert, keine Angabe
Stadt/Land	städtisch (Referenz), mittel, ländlich	Berechnet aus den Postleitzahlen der Befragten	Die Postleitzahl Ihres Wohnortes?

Anhang B. Übersicht der verwendeten Variablen

	Fälle	Umfang	Mittelwert	Standardabweichung
Nach Ibiza	8.057	0-1	0,51	0,5
Wirtschaftliche Lage	1.608	0-1	0,21	0,41
niedriges Einkommen	1.608	0-1	0,21	0,41
mittleres Einkommen	2.109	0-1	0,27	0,45
hohes Einkommen	2.865	0-1	0,33	0,47
Wahlsieger	5.812	0-1	0,39	0,49
Kontrollvariablen				
Frau	8.057	0-1	0,51	0,5
Alter	8.057	16-97	47,8	17,23
Hoher Bildungsabschluss	3.454	0-1	0,32	0,47
Politisches Interesse				
sehr interessiert	2.397	0-1	0,28	0,45
eher interessiert	3.868	0-1	0,48	0,5
eher nicht interessiert	1.203	0-1	0,16	0,36
gar nicht interessiert	534	0-1	0,07	0,25
Stadt/Land				
städtisch	2.561	0-1	0,3	0,46
mittel	2.335	0-1	0,31	0,46
ländlich	3.153	0-1	0,4	0,49

Anmerkung: Der Mittelwert bei binären Variablen entspricht dem Anteil der 1-Antworten.

Anhang C. Regressionsmodelle mit ungewichteten Daten

	Modell I: Zufriedenheit			Modell II: Zeitpunkt * wirtschaftliche Lage			Modell III: Zeitpunkt * Wahlsieger			
	b	SE	OR	b	SE	OR	b	SE	OR	
Nach Ibiza	-0,17 **	0,08	0,85	-0,11	0,14	0,89	-0,54 ***	0,09	0,58	
Wirtschaftliche Situation										
niedriges Einkommen	Referenz									
mittleres Einkommen	0,27 ***	0,09	1,31	0,32 **	0,13	1,37	0,26 ***	0,09	1,29	
mittleres Einkommen * Nach Ibiza				-0,10	0,19	0,90				
hohes Einkommen	0,64 ***	0,01	1,90	0,67 ***	0,13	1,95	0,63 ***	0,10	1,87	
hohes Einkommen * Nach Ibiza				-0,05	0,18	0,95				
Wahlsieger	0,40 ***	0,08	1,49	0,40 ***	0,08	1,49	-0,31 **	0,12	0,74	
Wahlsieger * Nach Ibiza							1,16 ***	0,16	3,19	
Kontrollvariablen										
Frau	-0,21 ***	0,08	0,81	-0,21 ***	0,08	0,81	-0,23 ***	0,08	0,79	
Alter	-0,03 ***	0,01	0,97	-0,03 ***	0,01	0,97	-0,03 ***	0,01	0,97	
Alter ²	0,00 ***	0,00	1,00	0,00 ***	0,00	1,00	0,00 ***	0,00	1,00	
Hoher Bildungsabschluss	0,45 ***	0,08	1,57	0,45 ***	0,08	1,57	0,47 ***	0,08	1,60	
Politisches Interesse										
sehr interessiert	Referenz									
eher interessiert	0,18 **	0,09	1,19	0,18 **	0,09	1,19	0,17 **	0,09	1,19	
eher nicht interessiert	-0,08	0,12	0,92	-0,08	0,12	0,92	-0,08	0,12	0,93	
gar nicht interessiert	-0,42 **	0,17	0,65	-0,42 **	0,17	0,66	-0,44 **	0,17	0,65	
Stadt/Land										
städtisch	Referenz									
mittel	0,12	0,09	1,13	0,12	0,09	1,13	0,10	0,09	1,10	
ländlich	0,32 ***	0,09	1,38	0,32 ***	0,09	1,38	0,27 ***	0,09	1,31	
Konstante	1,14 ***	0,28	3,13	1,12 ***	0,28	3,05	1,33 ***	0,28	3,79	
Pseudo-R2 (McFadden)	0,437			0,437			0,443			
n	4.963			4.963			4.963			

Anmerkung: Binäre logistische Regressionsmodelle: Abhängige Variable=1/(Zustimmung zu Demokratie bzw. Demokratie in Österreich funktioniert gut) / 0 (Ablehnung Demokratie bzw. Demokratie in Österreich funktioniert schlecht); b=unstandardisierte Koeffizienten, SE=Standard Fehler, OR=Odds Ratio; * p<0.10, ** p<0.05, *** p<0.01.

Anhang D. Regressionsmodelle mit alternativer wirtschaftlicher Situation

	Modell I: Zufriedenheit			Modell II: Zeitpunkt * wirtschaftliche Lage			Modell III: Zeitpunkt * Wahlsieger			
	b	SE	OR	b	SE	OR	b	SE	OR	
Nach Ibiza	-0,04	0,07	0,96	0,04	0,16	1,04	-0,35 ***	0,09	0,70	
Wirtschaftliche Situation										
wirtschaftlich sehr zufrieden	Referenz									
wirtschaftlich eher zufrieden	-0,39 ***	0,10	0,68	-0,39 ***	0,13	0,68	-0,40 ***	0,10	0,67	
Wirtschaftlich eher zufrieden * Nach Ibiza	0,00 0,19 1,00									
wirtschaftlich eher nicht zufrieden	-1,26 ***	0,11	0,29	-1,10 ***	0,15	0,33	-1,25 ***	0,11	0,29	
wirtschaftlich eher nicht zufrieden * Nach Ibiza	-0,29 0,21 0,75									
wirtschaftlich gar nicht zufrieden	-1,89 ***	0,13	0,15	-1,90 ***	0,17	0,15	-1,90 ***	0,13	0,15	
wirtschaftlich gar nicht zufrieden * Nach Ibiza	0,02 0,25 1,02									
Wahlsieger	0,26 ***	0,08	1,30	0,25 ***	0,08	1,29	-0,37 ***	0,12	0,69	
Wahlsieger * Nach Ibiza	1,02 *** 0,15 2,78									
Kontrollvariablen										
Frau	-0,11	0,07	0,90	-0,11	0,07	0,90	-0,12 *	0,07	0,89	
Alter	-0,01	0,01	0,99	-0,01	0,01	0,99	-0,01	0,01	0,99	
Alter ²	0,00 *	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Hoher Bildungsabschluss	0,42 ***	0,08	1,52	0,42 ***	0,08	1,52	0,44 ***	0,08	1,55	
Politisches Interesse										
sehr interessiert	Referenz									
eher interessiert	0,18 **	0,08	1,19	0,18 **	0,08	1,19	0,17 **	0,08	1,18	
eher nicht interessiert	-0,08	0,11	0,93	-0,07	0,11	0,93	-0,08	0,11	0,92	
gar nicht interessiert	-0,39 **	0,16	0,68	-0,39 **	0,16	0,68	-0,39 **	0,16	0,68	
Stadt/Land										
städtisch	Referenz									
mittel	0,11	0,09	1,12	0,11	0,09	1,11	0,10	0,09	1,10	
ländlich	0,25 ***	0,08	1,28	0,25 ***	0,08	1,28	0,21 **	0,08	1,23	
Konstante	1,76 ***	0,28	5,81	1,72 ***	0,29	5,56	1,89 ***	0,28	6,65	
Pseudo-R2 (McFadden)	0,385			0,386			0,39			
n	5.702			5.702			5.702			

Anmerkung: Binäre logistische Regressionsmodelle: Abhängige Variable=1/(Zustimmung zu Demokratie bzw. Demokratie in Österreich funktioniert gut) / 0 (Ablehnung Demokratie bzw. Demokratie in Österreich funktioniert schlecht); b=unstandardisierte Koeffizienten, SE=Standard Fehler, OR=Odds Ratio; * p<0.10, ** p<0.05, *** p<0.01. Gewichtete Daten.

Anhang E. Regressionsmodelle mit FPÖ-Nähe

	Modell I: Zufriedenheit			Modell II: Zeitpunkt * wirtschaftliche Lage			Modell III: Zeitpunkt * Wahlsieger			
	b	SE	OR	b	SE	OR	b	SE	OR	
Nach Ibiza	-0,13 *	0,07	0,88	-0,17	0,13	0,84	0,05	0,08	1,06	
Wirtschaftliche Situation										
niedriges Einkommen	Referenz									
mittleres Einkommen	0,33 ***	0,09	1,40	0,37 ***	0,13	1,45	0,34 ***	0,09	1,40	
mittleres Einkommen * Nach Ibiza				-0,08	0,18	0,93				
hohes Einkommen	0,65 ***	0,09	1,92	0,55 ***	0,13	1,74	0,66 ***	0,09	1,94	
hohes Einkommen * Nach Ibiza				0,20	0,17	1,22				
FPÖ-Nähe	-0,85 ***	0,08	0,43	-0,85 ***	0,08	0,43	-0,50 ***	0,12	0,60	
FPÖ-Nähe * Nach Ibiza							-0,72 ***	0,16	0,48	
Kontrollvariablen										
Frau	-0,23 ***	0,07	0,79	-0,23 ***	0,07	0,79	-0,23 ***	0,07	0,80	
Alter	-0,02	0,01	0,98	-0,02	0,01	0,98	-0,02	0,01	0,98	
Alter ²	0,00 **	0,00	1,00	0,00 **	0,00	1,00	0,00 **	0,00	1,00	
Hoher Bildungsabschluss	0,45 ***	0,08	1,56	0,45 ***	0,08	1,57	0,45 ***	0,09	1,57	
Politisches Interesse										
sehr interessiert	Referenz									
eher interessiert	0,20 **	0,08	1,23	0,21 **	0,08	1,23	0,20 **	0,08	1,22	
eher nicht interessiert	-0,08	0,11	0,93	-0,07	0,11	0,93	-0,09	0,11	0,91	
gar nicht interessiert	-0,42 ***	0,16	0,66	-0,41 **	0,16	0,66	-0,42 ***	0,16	0,66	
Stadt/Land										
städtisch	Referenz									
mittel	0,12	0,09	1,13	0,12	0,09	1,13	0,13	0,09	1,14	
ländlich	0,30 ***	0,09	1,35	0,29 ***	0,09	1,34	0,29 ***	0,09	1,34	
Konstante	0,97 ***	0,28	2,63	0,98 ***	0,29	2,65	0,87 ***	0,28	2,38	
Pseudo-R2 (McFadden)	0,424			0,424			0,443			
n	5 142			5 142			5 142			

Anmerkung: Binäre logistische Regressionsmodelle: Abhängige Variable=1/(Zustimmung zu Demokratie bzw. Demokratie in Österreich funktioniert gut) / 0 (Ablehnung Demokratie bzw. Demokratie in Österreich funktioniert schlecht); b=unstandardisierte Koeffizienten, SE=Standard Fehler, OR=Odds Ratio; * p<0.10, ** p<0.05, *** p<0.01. Gewichtete Daten.